

Heinrich August Winkler, Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika, München 2017

Der bekannte Historiker Heinrich August Winkler vermittelt einen Überblick über die neuere Geschichte Europas und der USA in seiner jüngsten Monographie unter dem Titel „Zerbricht der Westen?“. Der Titel zielt nicht auf eine einfache Ja oder Nein Antwort ab. Um die Frage zu beantworten, forscht Winkler nach den historischen Entstehungsbedingungen der gegenwärtigen großen Konflikte, die oftmals vergessen, unbekannt, verschüttet sind.

Die Unterscheidung zwischen West- und Osteuropa geht auf die zweite Hälfte des 11. Jahrhunderts zurück, als im Jahr 1054 die Trennung zwischen der lateinischen und der griechisch-orthodoxe Kirche in dem europäischen Ausbreitungsgebiet des Christentums vollzogen wurde. Das weite Gebiet zwischen der polnisch-litauischen Grenze, Südungarn und dem Adriatischen Meer südlich von Ragusa aufgeteilt wurden, war nicht neu. Aber diesmal sollte die Trennung nicht nur vorübergehend sein, sie war endgültig. Sie führte zu dem heute noch bestehende Bruch zwischen Westkirche und Ostkirche. Im Jahr 1054 wurde ein kirchlicher Bruch zu einem regionalen und gesellschaftlichen Bruch, der sich seit der großen Krise des römischen Reichs im 3. Jahrhundert einerseits und der Gründung Konstantinopels, des neuen Rom, zu Beginn des 4. Jahrhunderts, andererseits, entwickelt hatte: Beide „Welten“, wie Winkler sie nennt, hatten nicht aufgehört, sich voneinander zu entfernen.

Zur Zeit des Bruchs zwischen Westkirche und Ostkirche wurde im mittelalterlichen Westeuropa der Investiturstreit über die Priorität von geistlicher oder weltlicher Macht ausgetragen. Der Konflikt wurde regional unterschiedlich gelöst. Die Katholische Kirche konnte sich aus ihrer Abhängigkeit vom deutschen König- und

Kaisertum befreien, während in Frankreich und England die weltliche Macht ihren Handlungsspielraum zunächst behaupten und langfristig zu erweitern vermochte.

Die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse waren Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts in Europa sehr unterschiedlich. Es ereigneten sich zwei Revolutionen, eine politische und eine wirtschaftliche: die industrielle Revolution in England mit dem Beginn Industrialisierung Anfang des 19. Jahrhunderts sowie die Revolution von 1789 in Frankreich, die die Gewaltenteilung staatlicher Gewalt brachte sowie individuelle Grundrechten wie Religions- und Pressefreiheit.–Nach Winkler wäre es genauer, nicht von europäischen Werten, sondern von westlichen Werten zu sprechen, weil diese Werte nicht in ganz Europa gelten und auch nur in einigen europäischen Ländern.

Nach Winkler handelt es sich bei diesen Werten um ein bestimmtes Demokratieverständnis (die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz) und um eine konkrete Form der Gewaltenteilung (in Legislative, Exekutive und Judikative). Winkler geht es um den theoretischen Anspruch und nicht um die praktische Durchsetzung, die vielerorts und zu verschiedenen Zeitpunkte sehr mangelhaft war und ist. Die Forderung nach Gewaltenteilung wurde zuerst von Montesquieu 1748 (*De l'esprit des lois*) formuliert und stand schon 30 Jahre später in der amerikanischen Verfassung von 1776.

Die westeuropäische Politik dreht sich seit 1945 um das Projekt einer europäischen Union. Zwei Projekte werden dabei gegeneinander ausgespielt: Wirtschaftsunion versus politische Union. Historisch haben sich bisher die Befürworter einer Wirtschaftsunion klar durchgesetzt. Für sie war zentral eine klare Abgrenzung gegenüber Russland und Ländern in der Union aufzunehmen, die früher unter der Herrschaft Russlands waren und sich davon befreien wollten, auch wenn für diese neuen Mitgliedsländer das

liberale Modell, auf dem die Union basiert, zweitrangig ist.

Heute besteht die Europäische Union aus 28 Ländern. Als 1952 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet wurde, bestand die Gemeinschaft aus sechs Ländern: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande. Es ist nicht zu bezweifeln, dass die Schwierigkeiten, sich zu einigen oder Kompetenzen der Unionsinstitutionen auf Kosten der Unionsmitglieder zu erweitern, umso größer sind, je größer die Zahl der Mitglieder ist.

Darüber hinaus gibt es weitere Faktoren, die dagegen sprechen, dass in absehbarer Zukunft die politischen Kompetenzen der Union erweitert werden. Rechtlich gesehen kann eine Übertragung der Funktionen des Europäischen Rates auf die Europäische Kommission oder das Europäische Parlament nur durch den Rat selbst beschlossen werden, was letztlich unwahrscheinlich ist, weil es einer Selbsteinschränkung seiner eigenen Prärogative gleich käme.

Hinzu kommt, wie bereits gesagt, dass die neuen osteuropäischen Mitglieder (die ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes: Ungarn, Polen, Bulgarien, Rumänien, Tschechien, Slowakei und die Baltischen Staaten oder die Jugoslawische Republik) in ihrer Geschichte keine Tradition der Gewaltenteilung kennen. Diese Mitgliedsländer legen sehr großen Wert auf ihre nationalen Kompetenzen, während Gewaltenteilung, das für das liberale Modell konstitutive Element, bestenfalls zweitrangig ist.

In Ungarn wurde im April 2010 Viktor Orbán, der bereits zwischen 1998 und 2002 Ministerpräsident gewesen war, erneut mit einem Stimmenanteil von fast 53% zum

Präsidenten gewählt. Er kultivierte das sogenannte "Trianontrauma" seiner Nation, die durch den Friedensvertrag von 1920 zwei Drittel ihres historischen Territoriums verloren hatte. In April 2011 wurde in Ungarn eine neue Verfassung verabschiedet, die die Gewaltenteilung stark reduziert und der Machtsicherung Orbáns dient. Nur auf Druck der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank wurden einige der Neuerungen zurückgenommen. Die Demontage des Prinzips der "checks and balances" wurde durch eine antiliberale Kulturpolitik ergänzt. Orbán bekennt sich zur "illiberalen Demokratie".

Bei der Wahl vom 8. April 2018 kam Orbáns Partei auf 48,8% der Stimmen, wodurch sie eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit der Sitze erreichte.

Polen ist dem Beispiel Ungarns gefolgt. Die Partei *PiS* (Recht und Gerechtigkeit) hat seit den Wahlen im Oktober 2015 als erste Partei seit der Wende im Sejm mit 37,6% der Stimmen die absolute Mehrheit der Sitze. Die gemäßigt auftretende Beata Szydlo wurde zur Ministerpräsidentin gewählt, aber in der Regierung geben die Hardliner unter Parteichef Jaroslaw Kaczynski den Ton an. Die neue Regierung ließ nach ihrem Amtsantritt keine Zeit verstreichen, in Polen eine nationalkonservative Wende herbeizuführen.

Die Bestellung der Verfassungsrichter ist das bekannte Beispiel. Im Oktober waren von der Koalition der Bürgerplattform fünf Richter gewählt worden, die Staatspräsident Duda aber noch nicht vereidigt hatte als am 2. Dezember 2015 der Sejm, mit der absoluten Mehrheit der *PiS*, fünf neue Verfassungsrichter wählte, die der Staatspräsident hingegen unverzüglich vereidigte. Das Verfassungsgericht hatte inzwischen, am 3. Dezember, ein Urteil verkündet, wonach der alte Sejm nur drei der fünf Richter hätte wählen dürfen, der neue die restlichen

zwei. Das Verfassungsgericht schwor lediglich die beiden Richter ein, die der neue Sejm hatte wählen dürfen. Korrekt gewählt, vereidigt und eingeschworen waren damit nur zwölf von 15 Richtern, die laut Gesetz dem polnischen Verfassungsgericht angehören sollten.

Am 26. Februar 2016 kam eine Kommission der Europäischen Union (die Venedig-Kommission) zu dem Ergebnis, dass der neue Sejm kein Recht hatte, die drei Verfassungsrichter, die der alte Sejm hatte wählen dürfen, an der Ausübung ihrer Ämter zu hindern. Auch ein neues Gesetz über das Verfassungsgericht verfiel der Ablehnung.

Am 9. März 2016, entschied das polnische Verfassungsgericht mit neun gegen zwei Stimmen, dass dieses neue Gesetz zur Reform des Verfassungsgerichts verfassungswidrig war. Die Regierung Szydlo erklärte daraufhin ihrerseits, das Urteil sei gesetzwidrig zustande gekommen und verweigerte mit dieser Begründung die Inkraftsetzung durch Veröffentlichung im Amtsblatt.

Am 11. März 2016 legte die Venedig-Kommission ihren einstimmig beschlossenen Abschlussbericht vor. Er wich in der Sache nicht von der vorläufigen Einschätzung der Experten ab. Der Bericht forderte die polnische Regierung auf, von jeder Schwächung des Verfassungsgerichts abzusehen.

Doch die Regierung Szydlo dachte nicht daran, einzulenken und beschloss nur kosmetische Korrekturen. Die Absicht der Regierung war klar: Gouvernamental gesinnten Richtern sollte eine Art suspensives Veto zugestanden werden.

Die EU-Kommission stellte am 27. Juli 2016 der polnischen Regierung ein Ultimatum. Sollte die Arbeitsfähigkeit des Verfassungsgerichts nicht auf befriedigende Weise wiederhergestellt sein, könne das Verfahren auf Entzug des Stimmrechts Polens eingeleitet werden. Es war das

erste Mal in der Geschichte der Europäischen Union, dass einem Mitgliedstaat eine solche Sanktion angedroht wurde.

Der Europäische Rat könnte den Entzug des Stimmrechtes freilich nur einstimmig beschließen. Angesichts des Vetos, das der ungarische Ministerpräsident für diesen Fall angekündigt hatte, musste das polnische Regierungslager diese ultima ratio nicht fürchten.

Die nationalkonservative Regierung in Warschau ging offenkundig davon aus, dass sie den Kampf mit der EU-Kommission bereits gewonnen hatte. Das Justizministerium bereitete weitere Gesetzentwürfe vor, die darauf zielten, die Richter des Obersten Gerichts und aller nachgeordneten Gerichte der Kontrolle des Justizministers und der Regierungsmehrheit im Parlament zu unterwerfen.

Kräfte gegen eine Erweiterung und sogar für eine Einschränkung der politischen Rechte der Europäischen Union gibt es in vielen Mitgliedsländern. In Großbritannien hat sich sogar eine Mehrheit der Bevölkerung in einer Volksbefragung für den Ausschied aus der Union ausgesprochen.

Großbritannien, das bereits 1961 einen Antrag auf Aufnahme in die Europäischen Union gestellt hatte, wurde erst 1973 aufgenommen, nachdem De Gaulle, der gegen die Aufnahme war, aus der politischen Szene verschwunden war. In Großbritannien verschlechterte sich jedoch seit der Wirtschaftskrise von 1984 der Ruf der Union ständig, vor allem sind die Einwanderungen aus Osteuropa unbeliebt.

Am 23. Juni 2016 stimmte eine knappe Mehrheit von 51,9% der Stimmberechtigten für den Austritt aus der Union. Auffallend an dem Wahlergebnis waren die regionalen Unterschiede. Nur in England (53,4%) und Wales (52,5%) befürwortete eine Mehrheit der Wähler den Brexit. In

Schottland (62%) und Nordirland (55,8%) dagegen gab es eine breite Unterstützung für die weitere Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Auch in London (59,9%) war die Mehrheit der Wähler für den Verbleib in der EU.

Nach dem Referendum im Juni 2016 war Cameron zurückgetreten und die neue Premierministerin, Theresa May, hatte erklärt, dass ihre Regierung auf eine weitere Zugehörigkeit Großbritanniens zum europäischen Binnenmarkt verzichte. Als Innenministerin der Regierung von David Cameron hatte sich May noch für den Verbleib des Landes in der EU ausgesprochen. Als sie dessen Nachfolgerin wurde, wandelte sich May zur Verfechterin des Brexit.

(Ich ergänze einige Daten für die Zeit nach Erscheinen des Buches 2017) In der Frage, ob die Regierung berechtigt war, souverän den Antrag auf Austritt aus der EU (nach Artikel 50 des Vertrags von Lissabon) zu stellen, oder ob sie vorher die Zustimmung des Parlaments hätte einholen müssen, urteilte der Supreme Court in London am 24. Januar 2017. Unter Hinweis auf die britische Verfassungstradition stärkte das Gericht die Rechte des Parlaments: Der entsprechende Antrag konnte nicht ohne Billigung durch beide Kammern gestellt werden. Bei den Neuwahlen im Juni 2017 verlor May, wider Erwarten, ihre knappe Mehrheit im Parlament.

Danach hat die Regierung May drei Entwürfe für den Antrag auf Austritt aus der EU vorgelegt (15. Januar, 12. März und 29. März 2019) Alle wurden vom Parlament abgelehnt, und zwar mehrheitlich durch konservative Abgeordnete, so dass die Gefahr eines ungeordneten Brexit ständig wächst . Dafür spricht auch das Ergebnis einer Volksbefragung, wonach bei einer Wahl Labour, aber vor allem die Konservativen, Stimmen verlieren würden. Gewinner wären die Vertreter eines bedingungslosen Brexits. Großbritannien ist seit dem Referendum gespalten, nicht nur nach Landesteilen und Stadt und

Land, sondern auch nach arm und reich und alt und jung. Die Entscheidung über den Brexit wurde noch einmal auf den 31. Oktober 19 verschoben.

Der am Freitag von Theresa May angekündigte Rücktritt zum 7. Juni ist das Eingeständnis eines Scheiterns, während der weitere Verlauf des Brexit völlig ungewiss ist.

Auch in Italien hat die Zahl der Kritiker der Europäischen Union zugenommen. Am 1. Juni 2018 einigten sich die Konservativen der Lega unter Matteo Salvini und die Populisten der Cinque Stelle unter Luigi Di Maio darauf, eine Regierung von Giuseppe Conte zu unterstützen. Die beiden Parteien sind sich nur einig in ihrer kritischen Haltung gegenüber Europa - obwohl Italien ökonomisch auf die Unterstützung durch die Europäische Union angewiesen ist -, und in der Forderung nach höheren Staatsausgaben, trotz der schon jetzt sehr hohen Staatsverschuldung. Salvini will mit einer Flat Tax und weiteren Steuererleichterungen die Ansprüche seiner Anhänger befriedigen. Di Maio auf der anderen Seite will den Sozialstaat ausbauen, insbesondere mit einem bedingungslosen Grundeinkommen für Arbeitslose.

Auch die Anbindung der USA an die europäischen oder westlichen Werte ist schwächer geworden. Das ist neu. Denn seit 1791, der Unterschrift unter die Bill of Rights, haben sich alle US-amerikanischen Präsidenten zu diesen Rechten bekannt. Doch die Regierung von Trump vollzieht einen radikalen Wandel in der US-amerikanischen Politik: Sie baut auf die drei Säulen: Mauer zu Mexiko, "Make America great again" und „America first“. Dass die USA in diesen Fragen gespalten sind, ist daran abzulesen, dass Trump bei der Wahl zum Präsidenten im November 2016 2,8 Millionen Stimmen weniger erhalten hatte als seine Gegenkandidatin Hillary Clinton. Trump konnte jedoch mit einer klaren Mehrheit in beiden Häusern regieren: 304

Republikaner gegenüber 227 Demokraten im Abgeordnetenhaus und 51 Republikaner gegenüber 47 Demokraten im Senat.

Bei den Kongresswahlen im November 2018 konnten die Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückgewinnen, während die Republikaner ihre Mehrheit im Senat verteidigen konnten.

Regional hatte Clinton die Oststaaten und die nördlichen Weststaaten behalten können, während Trump zu den traditionell republikanisch wählenden Mittel- und Südstaaten zusätzlich die normalerweise demokratisch wählenden Industriestaaten im Nordwesten des Landes (Pennsylvanien, Ohio, Iowa und Wisconsin) gewinnen konnte.

Trump verdankte den entscheidenden Stimmenvorsprung in den »swing states« der weißen Arbeiterschaft, die früher mehrheitlich für die Demokraten gestimmt hatte. Besonders markant war die Abwanderung zum Kandidaten der Republikaner im industrialisierten »rust belt« des Mittleren Westens und im Umfeld der oftmals bereits stillgelegten Kohleminen in den Appalachen.

Die Abwanderung von weißen Arbeitern aus ehemaligen Hochburgen der Demokraten in "swing states" wie Florida, Iowa, Michigan, Ohio North Carolina, Pennsylvania und Wisconsin zu den Republikaner war entscheidend für die Präsidentenwahl.

Trump wirkte bei der Ernennung seines Schwiegersohnes zum "Senior Adviser" besonders fragwürdig, wegen der erwartbaren Vermengung von politische Entscheidungen und wirtschaftlichen Interessen Trumps. Das Versprechen, während seiner Präsidentschaft nicht mit ihm über Geschäftliches zu reden, war nicht dazu angetan, Zweifel an der Lebenswirklichkeit solcher Ankündigungen

auszuräumen. In der Außenpolitik zeigte Trump eine gewisse Sympathie für Putin und für Kim Jong Un.

Die neue politische Richtung macht sich in der Binnenpolitik vor allem in einer Lockerung für die Wirtschaft bemerkbar, was sich für benachteiligte Minderheiten und für die Ökologie nachteilig erwies, obwohl einzelne Bundesstaaten eine beispielhafte ökologische Politik betrieben haben.

Als Folge der Wirtschaftskrise von 2008 und des Zusammenbruchs von Lehman Brothers, der viertgrößten Investment Bank der USA, trat 2013 ein Gesetz in Kraft, das dem Eigenhandel der Banken mit Wertpapieren und ihre Beteiligung an Hedgefonds einen Riegel vorschob. Dieses Gesetz stand jetzt zur Disposition.

In der Außenpolitik spielt der Kampf gegen den "Islamischen Staat" eine zentrale Rolle. Bereits kurz nach seiner Wahl, am 27. Januar 2018, verhängte Trump mit sofortiger Wirkung einen Einreisestopp für Bürger aus sieben islamischen Ländern: Iran, Irak, Syrien, Jemen, Libyen, Somalia und Sudan. Ausnahmen sollte es nur für Angehörige diskriminierter religiöser Minderheiten, Christen, geben. Offen blieb freilich, warum islamische Länder, die als besonders "terrorverdächtig" galten, wie etwa Saudi-Arabien, die Emirate oder Pakistan, von dem Einreisestopp nicht betroffen waren. Manche Kritiker mutmaßen, Trump habe sich bewusst solche Staaten ausgesucht, in denen sein Konzern keine Geschäftsinteressen verfolgt.

Trump hat sich für einen radikalen Isolationismus ausgesprochen. Gleich nach dem Amtsantritt 2017 hat Trump mehrere internationale Verträge gekündigt. Dem entsprach auch, das von Obama unterzeichnete, aber noch nicht ratifizierte asiatisch-pazifische

Freihandelsabkommen aufzukündigen, womit Trump unter anderen Kanada, Mexiko, Peru, Australien, Neuseeland, Japan, Malaysia, Singapur und Vietnam provozierte. Nach Meinung von Winkler ist die Durchführung dieser Politik nicht nur für die Weltwirtschaft von Nachteil, sondern auch für die US-amerikanische Wirtschaft: Sie verliert auf Grund des Rückgangs der Weltwirtschaft Nachfrage und ~~die~~ Vorprodukte, die sie aus dem Ausland bezieht, werden teurer, was zu einer Verteuerung der US-amerikanischen Ausfuhren führt. Trotzdem ist nicht zu bezweifeln, dass die US-amerikanische Wirtschaft unter Trump sich relativ günstig entwickelt hat.

Die isolationistische Politik hat aber auch positive Aspekte. Trump hat es vermieden, militärisch zu intervenieren, auch in Fällen wie in Venezuela, wo er mit einer sicheren Zustimmung und sogar teilweise Unterstützung von westlichen Ländern hätte rechnen können.

Das bedeutet nicht, dass Trump vermieden hätte, seine Meinung in politische Konfliktfällen zu äußern, auch wenn diese mit den meisten westlichen Ländern nicht übereinstimmt. So ist Trump der Meinung, dass im Konflikt zwischen Israel und Palästinensern nicht nur "die Zwei-Staaten-Lösung" in Frage käme. Er glaubt, dass mit wirtschaftlichen Zugeständnisse die Palästinenser dazu gebracht werden könnten, auf ihre politischen Forderungen zu verzichten, auch wenn es bis heute keine Zeichen in dieser Richtung gibt.

Auch im Konflikt mit Iran glaubt Trump mit wirtschaftlichen Mitteln sich durchsetzen zu können. Auch wenn alle Beobachter darin übereinstimmen, dass Iran alle Bedingungen des Vertrags erfüllt haben, haben die USA den Vertrag gekündigt und erschwerte Bedingungen für den Export iranische Waren beschlossen. Diese Sanktionen wirken nur als Bedrohung, wenn sie auch von anderen

Ländern ausgeübt werden. Deswegen strafen die USA alle Firmen, die gegen den Boykott handeln.

Die Strategie Trumps ist sehr wirksam, denn wenigen Firmen kommen Zweifel, wenn sie zwischen dem amerikanischen und dem iranischen Geschäft entscheiden müssen. Für die US-amerikanische Politik stellt sich aber die Frage, wie sie reagieren muss, wenn die iranische Regierung kollabieren sollte.

Winklers Untersuchung ist interessant, weil davon auszugehen ist, dass in vielen gegenwärtigen Konflikten die historischen Entstehungsbedingungen nicht nur lebendig sind, sondern auch für die Zukunft relevant sein werden.